

A stylized map of Europe composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Goodbye Europe?

Die Außenpolitik der polnischen PiS-Regierung

JOANNA ANDRYCHOWICZ-SKRZEBA UND ROLAND FEICHT

Juni 2016

- Die PiS-Regierung ist die erste Regierung seit 1989, welche die Prioritäten der polnischen Außenpolitik ändert, insbesondere in Bezug auf die Europäische Union. Doch trotz der greifbaren Änderungen setzt sie in vielen wichtigen Punkten nach wie vor auf Kontinuität.
- Ganz deutlich unterscheidet sich die aktuelle Außenpolitik von der der Vorgängerregierung in ihrer Rhetorik. Sie ist wesentlich stärker auf Konfrontation ausgerichtet als auf die Besänftigung potenzieller Konflikte. Die PiS-Regierung verfolgt mit dieser Rhetorik jedoch primär innenpolitische Ziele.
- Außenpolitische Prioritäten der PiS-Regierung werden insbesondere die Sicherheit Polens angesichts des Konflikts mit Russland sowie die Stärkung der polnischen Position innerhalb der EU und als regionaler Akteur sein. Auch wenn die PiS wahrscheinlich keinen polnischen EU-Austritt plant, wendet sie sich gegen ein Fortbestehen der EU in ihrer derzeitigen Form.
- Die PiS ist bemüht, innerhalb der EU ein Gegengewicht zu Deutschland zu schaffen. Substanzielle Erschütterungen haben die deutsch-polnischen Beziehungen bisher jedoch nicht erfahren.
- Aufgrund seiner eigenen Transformationserfahrungen kann Polen ein erfolgreicher Vermittler zwischen Ost und West sein. Daher sollte es stark an der EU-Ostpolitik beteiligt werden. Angesichts der Sorge vor einer russischen Aggression ist ein starkes Europa in Polens eigenem Interesse.



Inhalt

Einleitung	2
Innenpolitische Instrumentalisierung	2
Kompetenzaufteilung in der Außenpolitik	3
Prioritäten der Außenpolitik: Alles anders...	3
Europäische Union	4
Die Idee des »Intermarium«	6
Visegrád-Gruppe	6
Weimarer Dreieck	7
Deutsch-polnische Beziehungen	7
...oder doch Kontinuität?	8
Migrationskrise	8
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	9
Russland	9
Kontinuität und konterkarierende Rhetorik	10
PiS-Politik als Antwort auf die Bedürfnisse der Polen?	10
Personelle Veränderungen im außenpolitischen Bereich	10
Ausblick	11
Konstruktive Zusammenarbeit von Deutschland und Polen weiterhin möglich	11
Sanktionen gegen Polen kontraproduktiv	11
Starke Beteiligung Polens an EU-Ostpolitik wünschenswert	11
Sicherheitspolitisch geeintes Europa bietet Polen Schutz vor Russland	12

Einleitung

Die neue polnische Regierung unter Führung der Premierministerin Beata Szydło von der nationalkonservativen Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) ist erst seit acht Monaten im Amt, hat aber bereits für heftige Diskussionen und Kritik in Europa gesorgt. Irritationen riefen dabei allerdings nicht die außenpolitischen Entscheidungen der Regierung hervor, sondern vielmehr die in ungewöhnlich schnellem Tempo durchgesetzten innenpolitischen Veränderungen.

Weder die Antrittsrede des Staatspräsidenten Andrzej Duda im Sejm¹ noch die erste Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Beata Szydło² wiesen den auswärtigen Beziehungen einen hohen Stellenwert zu. Deutlich wurde aber, dass die bisherige Außenpolitik neu gestaltet werden soll. Zu den künftigen Prioritäten zählen hier in erster Linie die Sicherheit Polens angesichts des Konflikts mit Russland sowie die Stärkung der polnischen Position innerhalb der Europäischen Union. Zudem sollen der polnische Einfluss in der gesamten Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer sowie die internationale Bedeutung Polens gestärkt werden.

Innenpolitische Instrumentalisierung

Während der vergangenen Monate wurde Polen auf einen neuen Kurs gebracht. Es findet ein politischer Strukturwandel statt, der nicht ohne Auswirkungen auf die Gesellschaft bleiben wird. Dieser Wandel – u. a. charakterisiert durch umfassende Änderungen in der Gerichtsbarkeit, die Übernahme wichtiger Positionen in den öffentlichen Medien durch PiS-Vertreter_innen, einen breiten »Kadereustausch« in zahlreichen Institutionen, eine kontroverse Sichtweise auf die Flugzeugkatastrophe von Smolensk im Jahr 2010 sowie eine kirchennahe Politik der Regierung – verursacht eine tiefe Spaltung innerhalb der Gesellschaft, die es so in Polen lange nicht gegeben hat.³ Eine aggressive Rhetorik und die Dämo-

nisierung des politischen Gegners gehören mittlerweile zum politischen Alltag.

Der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński und seine Partei sehen sich selbst seit vielen Jahren als wahre und exklusive Vertreter_innen der Volksinteressen gegen vermeintlich postkommunistische und liberale Seilschaften. Diese hätten das Wohl der Nation bereits am Runden Tisch von 1989 verraten und den Staat »zerstört«. Durch den sogenannten »guten Wandel«⁴ und die »Demontage der Politik des Runden Tisches« müsse, so die PiS, Polen die innere und äußere Souveränität zurückgegeben und die gesellschaftliche wie moralische Ordnung wiederhergestellt werden.⁵ Die polnische Nation, die heroischen Seiten ihrer Geschichte, das katholische Christentum sowie die klassische Familie sind dabei zentrale gesellschaftliche Werte, die den liberalen gesellschaftlichen Werten mit ihren vermeintlich schädlichen Einflüssen entgegengesetzt werden. In der europäischen Flüchtlingskrise zeigte sich die PiS darüber hinaus als Verfechterin eines möglichst ethnisch homogenen Nationalstaates. Der Staat habe der PiS zufolge den Interessen der Nation zu dienen und müsse als »Einheit, als Instrument der Nation und der Bürger« verstanden werden.

Dieser neue Kurs wurde auch auf die Außenpolitik übertragen, wenngleich diese nicht im Vordergrund steht, sondern von der mit absoluter Mehrheit regierenden PiS als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung genutzt wird. Interessanterweise führten daher auch weniger die Fragen nach einer gemeinsamen Migrationspolitik oder dem Verhältnis zu Russland zu innereuropäischen Spannungen, sondern vielmehr die Entwicklungen in Polen selbst: die Lähmung des Verfassungsgerichts, der Austausch der Eliten auf breiter Ebene sowie zahlreiche Gesetzesänderungen.

All dies wird im Ausland und teilweise auch im Inland als Bedrohung für die polnische Demokratie betrachtet. Allerdings spricht sich gleichzeitig ein bedeutender Teil der polnischen Gesellschaft – 39 Prozent im Mai 2016 – für diesen »guten Wandel« aus, was der PiS angesichts der zersplitterten Opposition einen entscheidenden Vorteil

1. Vgl. Antrittsrede von Andrzej Duda; <http://www.prezydent.pl/aktualnosc/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/art,1,oredzie-prezydenta-rp-andrzeja-dudy-przed-zgromadzeniem-narodowym.html>.

2. Vgl. Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Beata Szydło; <https://www.premier.gov.pl/expose-premier-beaty-szydlo-stenogram.html>.

3. Die angestrebten Veränderungen im Bereich der Rechtsprechung gehen über die Entmachtung des Verfassungsgerichts und die Zusammenlegung des Amtes des Justizministers mit dem des Generalstaatsanwalts hinaus und schließen auch Pläne mit ein, die ganze Gerichtsbarkeit grundsätzlich zu reformieren.

4. Von der PiS während des Wahlkampfes eingeführter Begriff zur Bezeichnung einer verbesserten Funktionsweise des polnischen Staates und der polnischen Politik, der derzeit von den Befürworter_innen und Gegner_innen der PiS verwendet wird – von Ersteren voll Überzeugung, von Letzteren ironisch.

5. Vgl. Lang, K.-O. (2016): Zwischen Rückbesinnung und Erneuerung. Polens PiS und Ungarns Fidesz im Vergleich. In: Osteuropa 1–2, 2016, S. 65.

gegenüber den politischen Gegner_innen sowie eine Legitimierung ihres Handelns verschafft. Darüber hinaus führte das Auftauchen der wirtschaftsliberalen Partei »Nowoczesna« (dt. Die Moderne) zu einer bedeutenden Schwächung der bisher mitregierenden konservativ-liberalen »Bürgerplattform« (PO). In dem Bewusstsein, dass ihre Stärke nur in der Zusammenarbeit liegen kann, versuchen PO und Nowoczesna nun im Parlament eine gemeinsame Front in den wichtigsten Fragen zu bilden – darunter die Verteidigung der Demokratie in Polen. Die polnische Linke spielt hierbei nur noch eine außerparlamentarische Nebenrolle.⁶

Kompetenzaufteilung in der Außenpolitik

Die 1997 unter der damaligen Regierung des Bundes der Demokratischen Linken (SLD) und der Polnischen Volkspartei (PSL) verabschiedete Verfassung der Republik Polen sieht im Bereich der Außenpolitik eine Kompetenzaufteilung vor. In Artikel 133 heißt es: »Der Präsident der Republik Polen arbeitet im Bereich der Außenpolitik mit dem Vorsitzenden des Ministerrates und dem zuständigen Minister zusammen.« Ebendieser Artikel war es, der durch den früheren Staatspräsidenten Lech Kaczyński (PiS) und den Ministerpräsidenten Donald Tusk (PO) in den Jahren 2007 bis 2010 unterschiedlich interpretiert wurde, sodass es oft zu Unstimmigkeiten kam, wessen Rolle bei der Gestaltung der Außenpolitik den Vorrang haben sollte. Die Mehrheit der Verfassungsrechtler_innen sieht diesen Vorrang allerdings bei der Regierung und nicht beim Präsidenten. Aktuell sind jedoch ohnehin keine Konflikte zwischen Präsident und Kabinett zu erwarten: Der aus den Reihen der PiS gewählte Staatspräsident Andrzej Duda teilt die außenpolitischen Vorstellungen der aktuellen Regierung. Zudem hat Duda eine verhältnismäßig schwache Position innerhalb der Partei, von der er weiterhin stark abhängig ist, sodass er nicht versuchen wird, eine eigene außenpolitische Vision durchzusetzen.

Mit der Regierungsübernahme durch die PiS erhielt Witold Waszczykowski, ehemaliger Diplomat und seit 2011 für die PiS im Sejm, den Posten des polnischen Außenministers. Die durch die PiS erzwungene Gesetzesnovelle zum öffentlichen Dienst ermöglichte der regierenden Partei anschließend nicht nur die obere und mittlere

Führungsebene in den Ministerien auszutauschen, sondern auch die Abteilungsleiter_innen zu ersetzen. Deren Nachfolger_innen bekommen ihre Posten nun zugewiesen, anstatt sie wie bisher über ein Bewerbungsverfahren zu erlangen. Zwar handelt es sich bei dieser Art von Gesetz um eine Neuerung, doch die Neubesetzung von Posten in Ministerien und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung nach einem Regierungswechsel war in Polen auch schon früher üblich. Daran überraschen kann allenfalls, dass die PiS nun genau das tut – vielleicht sogar in größerem Maße –, was sie am Verhalten der früheren Regierung zuvor öffentlich kritisiert hatte. Die gelegentlich leichtsinnigen Aussagen von Minister Waszczykowski sind nach Ansicht mancher Experten der Grund dafür, dass Jarosław Kaczyński, der die Regierung aus dem Hintergrund steuert, unzufrieden mit ihm ist.

Der Minister für Europäische Angelegenheiten, Konrad Szymański, erfreut sich hingegen allgemeiner Anerkennung – nicht nur unter der polnischen Opposition, sondern auch in Brüssel. Szymański gilt als Fachexperte und guter Diplomat. Während seiner Zeit als Mitglied des Europäischen Parlaments wurde er 2013 vom renommierten polnischen Wochenmagazin *Polityka* und 2014 von der Tageszeitung *Rzeczpospolita* zum besten polnischen Europaabgeordneten gekürt. Mit seiner Entscheidung für einen solchen Minister hat Waszczykowski einer grundsätzlichen Kompetenzaufteilung zugestimmt: Er selbst kümmert sich nun vorrangig um die ihm nahen transatlantischen Beziehungen und Vorbereitungen für den NATO-Gipfel, während Szymański für die europäischen Angelegenheiten verantwortlich ist.

Ein wesentlich größeres Vertrauen als Waszczykowski und Szymański genießt bei Kaczyński der Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, der oft kontroverse Positionen vertritt und als einer der Hauptvertreter der Verschwörungstheorie gilt, nach der auf Staatspräsident Lech Kaczyński bei Smolensk 2010 ein Attentat verübt worden sein soll.

Prioritäten der Außenpolitik: Alles anders ...

Die Aussagen der wichtigsten Regierungsvertreter_innen zeichnen ein eindeutiges Bild der aktuellen polnischen Außenpolitik, das perfekt zum 2014 verfassten Grundsatzprogramm der PiS passt. Dies ist ein Beleg da-

6. Umfrage von TNS Polska zwischen dem 13.5. und 18.5.2016; <http://wiadomosci.onet.pl/kraj/tns-polska-pis-39-proc-po-17-proc-nowoczesna-11-proc/x6bels>.

für, dass die derzeitige Außenpolitik de facto durch einen kleinen Kreis der wichtigsten PiS-Funktionär_innen gesteuert wird, an deren Spitze selbstverständlich der Vorsitzende Jarosław Kaczyński steht. Es lohnt sich daher, auf Grundlage des Parteiprogramms und der Aussagen wichtiger PiS-Repräsentant_innen Rückschlüsse auf die außenpolitischen Pläne der Partei zu ziehen.

In der Außenpolitik der PiS ist eine Verschiebung der Prioritäten gegenüber den vergangenen acht Jahren der PO-PSL-Regierungskoalition sowie auch weiteren früheren Regierungen erkennbar. Seit 1989 hat es bezüglich der polnischen Außenpolitik einen überparteilichen Konsens gegeben. Die Ziele und Prioritäten blieben unabhängig von der Regierungszusammensetzung unverändert. So bestand das wichtigste Ziel in der Verankerung Polens in den euroatlantischen Strukturen, um die ökonomische und militärische Sicherheit des Landes zu garantieren, namentlich in der EU und der NATO.

Die PiS-Regierung ist nun faktisch die erste Regierung seit 1989, welche diese Prioritäten der polnischen Außenpolitik ändert, insbesondere in Bezug auf die Europäische Union. Die neue Einstellung gegenüber internationalen Fragen wird auch in der Herangehensweise an regionale Kooperationen – in der Visegrád-Gruppe, dem Weimarer Dreieck und im »Intermarium« – sowie im Verhältnis gegenüber Berlin deutlich. Die neue Politik beruht vor allem auf verstärkter polnischer Selbstbehauptung und einem entschiedeneren – jedoch, laut PiS, friedfertigen – Vertreten des polnischen Standpunkts. Der grundlegende Wandel soll darin bestehen, die polnische Staatsräson und die polnischen nationalen Interessen in den Mittelpunkt der Diplomatie zu stellen. Ein starkes Polen bedeute – so die PiS – auch ein stärkeres Europa. Polen solle vom passiven Beobachter geopolitischer Vorgänge zum Mitentscheider werden. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt die PiS eine konkrete Vorgehensweise im Umgang mit den einzelnen Akteuren auf der internationalen Bühne vor.

Europäische Union

Die skeptische Einstellung der PiS gegenüber der europäischen Politik sowie der derzeitigen Form der Europäischen Union ist seit Jahren wahrnehmbar. Jüngst waren dazu besonders weitreichende Aussagen von PiS-Politikern_innen zu vernehmen. So erklärte beispielsweise

der PiS-Europaabgeordnete Zdzisław Krasnodębski im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über das polnische Verfassungsgericht per Twitter: »Wenn die EU-Politiker weiterhin mit dieser Art von politischem Takt und Sachkenntnis agieren, werden wir in Polen in Kürze ein Referendum durchführen müssen.« Manche Beobachter_innen der politischen Szene Polens gehen davon aus, dass die PiS dies tatsächlich nach dem Jahr 2020 anstreben könnte – also nach dem Auslaufen des derzeitigen mehrjährigen EU-Finanzrahmens und dem Ausschöpfen des für Polen zuletzt so vorteilhaften Budgets.

Aber wäre dies angesichts der unverändert starken Unterstützung für die europäische Idee in der polnischen Gesellschaft überhaupt realistisch? Nach Umfragen vom Mai 2016 würden bei einer Abstimmung 84,5 Prozent der Befragten für einen Verbleib Polens in der EU stimmen, dagegen waren gerade einmal 15,5 Prozent.⁷ Das ist eines der eindeutigsten Ergebnisse dieser Art in ganz Europa. Auch Jarosław Kaczyński mäßigte inzwischen seinen Ton gegenüber der EU. Wenige Tage vor einer Anfang Mai organisierten Demonstration der Oppositionsparteien sowie des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (KOD) unter dem Motto »Wir sind und bleiben in Europa«, an der nach großzügigster Schätzung bis zu 240.000 Menschen teilnahmen, betonte er, dass Polens Platz in der Europäischen Union sei: »Die reale Zugehörigkeit zu Europa ist die Zugehörigkeit zur Union. Wir wollen Teil von ihr sein, und das ist die Ansicht einer überwältigenden Mehrheit der Polen. Jene, die heute behaupten, dass dies anders sei, oder sogar von irgendwelchen Referenden über den Austritt aus der Union sprechen, sind Schädlinge.«⁸

Mit diesen Aussagen kritisierte Kaczyński indirekt auch einige seiner Parteikolleg_innen scharf. Anfang des Jahres ist im Sejm die »Eurorealistische Parlamentsgruppe« gegründet worden, der Parlamentarier der Anti-Establishment-Partei Kukiz'15, der PiS und einige Parteilose angehören. Zu den Aufgaben dieser euroskeptischen Gruppe zählen unter anderem die Überwachung der Aktivitäten von EU-Organen in Bezug auf Polen, die

7. Umfrage vom 23.5.2016; http://www.polskatimes.pl/fakty/polityka/a/sondaz-polski-the-times-euroentuzjazm-polakow-caly-czas-nie-maleje-chcemy-byc-w-ue,10025028/?pt_sesja=7c70adc7028085dbfcd088b3acf947d8.

8. Kaczyński: Być w Europie to być w UE; <http://www.rp.pl/Prawo-i-Sprawiedliwosc/160509905-Kaczynski-Byc-w-Europie-to-byc-w-UE.html> (2.5.2016).

Analyse des Einflusses der EU-Gesetzgebung auf Polen sowie die regelmäßige Erstellung einer Bilanz der polnischen EU-Mitgliedschaft.

Obleich die PiS also wahrscheinlich keinen polnischen EU-Austritt plant, wünscht sie sich zweifelsohne auch kein Fortbestehen der EU in ihrer derzeitigen Form. Sie setzt auf eine Union als Bündnis von Nationalstaaten, deren Souveränität durch die Gemeinschaft in keiner Weise eingeschränkt werden darf. Die PiS ist dementsprechend gegen das Fortschreiten der Integration innerhalb der EU, da dadurch die Funktion der Nationalstaaten geschwächt werde. Die polnische Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (z. B. in EU und NATO) soll vor allem als Mittel zur Durchsetzung nationaler polnischer Interessen genutzt werden, aber nicht den Weg zum Ausbau föderaler Strukturen darstellen.⁹ Neben dem gegen Polen aufgenommenen Verfahren zur Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit haben seit Antritt der PiS-Regierung zwei EU-Themen eine wichtige Rolle im Land gespielt: die Flüchtlingspolitik und die Debatte um einen »Brexit«.

Die PiS schätzt die Zukunft der EU negativ ein und sieht im Grunde ihren Zerfall oder zumindest ihre Spaltung voraus. Dabei ist die Partei derzeit auf der Suche nach einer Taktik, die sie gegen die sichtbare Tendenz des Zerbrechens der Europäischen Union zum Einsatz bringen könnte. Ihre Vertreter_innen behaupten, »(...) dass das derzeit lancierte Rezept für die Union nach der Krise fehlerhaft ist und bewirkt, dass die Union unter Überregulierung, inneren Ungleichgewichten, politischer Ungleichheit, einem Demokratiedefizit, dem Verlust von Werten und zivilisatorischer Identität, einem Vertrauensverlust unter den Bürgern und dem Zerfall in mehrere Integrationskreise leidet. (...) Die Antwort auf die Probleme mit der europäischen Integration ist nicht noch mehr Integration, also eine stärkere Zentralisierung, sondern mehr Freiheit und Solidarität in Europa.«¹⁰ Die PiS sieht die EU als Organisation unter der Vorherrschaft starker Staaten und der Europäischen Kommission, die diesen dominanten Staaten die Umsetzung ihrer Interessen gestattet. Indes wären gute Beziehungen zur Europäischen Kommission für Polen grundsätzlich äußerst nützlich, beispielsweise bei der Blockade des Baus der

Gas-Pipeline »Nord Stream 2« oder bei der Reform des Energiemarktes.

Die Kritik an der polnischen Regierung durch die EU betrifft vor allem die Wirren um das polnische Verfassungsgericht. Die PiS betrachtet ihre Kontroverse mit der EU als Ringen um das Ausmaß der Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsländer durch europäische Institutionen und somit um den Grad der eigenen Souveränität. Dabei gibt die PiS der Innenpolitik gegenüber der Außenpolitik den Vorrang. Spannungen mit der Europäischen Kommission, einzelnen EU-Ländern oder den Vereinigten Staaten werden als zweitrangig betrachtet, da die Priorität in der Umsetzung des »guten Wandels« in Polen liegt, also des radikalen Umbaus des polnischen Staates und der polnischen Gesellschaft. Laut PiS stellt die EU eine Bedrohung für Polen dar; Brüssel wird gelegentlich gar in den Rang eines Feindes erhoben. Eine negative Einstellung herrscht auch gegenüber dem westlichen liberalen Mainstream, der aus ihrer Sicht unter anderem durch Deutschland und Phänomene wie Liberalisierung, Säkularisierung, »Multikulti« etc. verkörpert wird. Dieses Modell stellt, laut PiS, eine Gefahr für die traditionellen polnischen Werte dar.

Vieles deutet jedoch darauf hin, dass die mit Blick auf die heimische Stammwählerschaft forcierte Politik Kaczyńskis, die eine Beziehung »auf Augenhöhe« zwischen Polen und der EU sowie die Stärkung einer – laut PiS – schwachen Position Polens innerhalb der EU anstrebt, das Gegenteil dessen bewirken wird, was sie bezweckt. Anscheinend hat die PiS nicht mit einer derart starken Außenreaktion auf ihre Innenpolitik gerechnet. Die geschwächte Glaubwürdigkeit Polens und seiner Position in Brüssel erschweren nun zudem die Ausübung einer anderen für die PiS wichtigen Rolle – die des Fürsprechers für die Länder der Östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine). Doch mit einer schwachen Position in der EU und sich verschlechternden Beziehungen zu Deutschland wird Polen diese Rolle kaum wahrnehmen können.

Darüber hinaus wird es Polen schwerfallen, den belarussischen Präsidenten Lukaschenko oder andere schwierige östliche Nachbarn zurechtzuweisen, wenn es selbst bei der EU oder den USA aufgrund seiner Innenpolitik in der Kritik steht. Langfristig kann nur eine starke und effektive EU bilaterale Absprachen innerhalb Europas verhindern, die für die gesamte EU oder einzelne Mit-

9. Vgl. Batory-Stiftung (2016): Jaka zmiana? Założenia i perspektywy polityki zagranicznej rządu PiS [Welcher Wandel? Grundsätze und Perspektiven der Außenpolitik der PiS-Regierung].

10. Programm der Partei »Recht und Gerechtigkeit« 2014.

gliedsländer schädlich wären. Allen voran betrifft dies die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen, die für Polen mit besonderen Befürchtungen verbunden sind. Eine Einschränkung oder Schwächung der EU-Organen würde unvermeidlich eine Anfälligkeit der kleineren Länder für die Dominanz der großen Mächte mit sich bringen und gleichzeitig die Integration von Untergruppen befördern, beispielsweise des Euro-Raums oder eines Mini-Schengen-Raums. Auch dies ist eine Tendenz, die den Zielen der PiS zuwiderläuft.

Die Idee des »Intermarium«

Eine neue Perspektive wurde auch im Bereich der regionalen Zusammenarbeit aufgetan: Beim sogenannten »Intermarium« handelt es sich ursprünglich um eine geopolitische Idee aus der Vorkriegszeit, die dann für lange Zeit aus der polnischen Außenpolitik verschwand. Erstmals wieder aufgegriffen hat sie Staatspräsident Duda in einer Ansprache vor dem Sejm. Das Konzept des »Intermariums« beruht auf einer Kooperation der Staaten zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria. Sehr populär war diese Idee auch während des Zweiten Weltkrieges im Umfeld der polnischen Exilregierung in London; sie wurde jedoch nie umgesetzt.

Die Idee des »Intermariums« bestand darin, angesichts der Bedrohung durch Russland und Deutschland eine Sicherheitszone zu gründen.¹¹ Zu diesem Konzept äußerte sich Außenminister Waszczykowski in einem Interview wie folgt: »Wir wollen die Integration dieser Gebiete stärken. Wir wollen nicht, dass sie die Peripherie des Westens sind. Wir wollen eine Koalition schaffen, die in der Europäischen Union und der NATO Lobbyarbeit für die Interessen unserer Region betreibt.«¹² Auf die Argumente angesprochen, dass einige Länder der Visegrád-Gruppe prorussisch seien und sich Ungarn sowie die Slowakei offen für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland aussprechen, entgegnete Waszczykowski: »In diesen Bereichen wird es sicher Meinungsverschiedenheiten geben, doch in der Sicherheits- und Energiepolitik werden wir eine Koalition bilden. In der EU gibt es

keine festen Allianzen, sondern eine zwischenstaatliche Kooperation in einzelnen Problembereichen.«¹³

Das Konzept des »Intermariums« und die damit verbundene Allianz ostmitteleuropäischer Staaten wäre der Versuch, einen Ausgleich gegenüber dem Einfluss Deutschlands und Russlands zu schaffen. Bisher ist bei den betreffenden Ländern jedoch allenfalls mäßiges Interesse zu verzeichnen. Das Gipfeltreffen der Länder Ostmitteleuropas, das im November 2015 auf polnische und rumänische Initiative in Bukarest stattgefunden hat, wird von der PiS aber als erster wichtiger Schritt bei der Verwirklichung dieser Idee gesehen. Die bei dem Treffen anwesenden Präsidenten waren sich zumindest bei den Themen Sicherheit sowie Stärkung der NATO-Ostflanke einig und unterschrieben eine gemeinsame Deklaration, welche die Bedeutung dieser Themen noch einmal betonte.

Visegrád-Gruppe

Der Fokus der PiS-Regierung auf die Zusammenarbeit innerhalb der Visegrád-Gruppe tritt vor allem bei der Stärkung der NATO-Ostflanke sowie bei den EU-Plänen für eine verbindliche Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen zum Vorschein. Die Visegrád-Staaten sind geschlossen gegen eine solche Regelung, auch wenn die damalige polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz auf dem EU-Gipfel im September 2015 anders als ihre Kollegen aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei für eine vorübergehende Quote stimmte.

Die Intensität der Zusammenarbeit in der Gruppe wird auch hinsichtlich der Kontroverse über die Reform des polnischen Verfassungsgerichts deutlich. Polen zählt auf die Unterstützung Ungarns, das bereits zugesagt hat, gegebenenfalls sein Veto gegen eine Bestrafung Polens durch die Europäische Kommission einzulegen. Ein entscheidender Punkt, der beide Staaten voneinander trennt, ist jedoch die Einstellung gegenüber Russland. In diesem Punkt steht Polen in der Visegrád-Gruppe alleine. Selbst der treueste Verfechter des »guten Wandels«, Viktor Orbán, setzt auf eine Zusammenarbeit mit Moskau und spricht sich für eine Aufhebung der Sanktionen aus, die nach der Aggression gegen die Ukraine über Russland verhängt wurden.

11. Vgl. Cichocki, M. (2016): Polen neu denken. Europabild und Europapolitik der PiS. In: Osteuropa 1–2, 2016, S. 191–200; Programm der Partei »Recht und Gerechtigkeit« 2014.

12. Waszczykowski: Naprawiłem stosunki z Ameryką; <http://wyborcza.pl/politykaekstra/1,151975,19872580,waszczykowski-naprawilem-stosunki-z-ameryka.html> (6.4.2016).

13. Ebd.

Die Kooperation mit den Partnern der Visegrád-Gruppe will Polen auch auf bilateraler Ebene ausbauen, u.a. durch die Ausrichtung einer Reihe von gemeinsamen Regierungskonsultationen mit Tschechien und der Slowakei. Die enge Zusammenarbeit mit Budapest kommt unter anderem in den gemeinsamen Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages des Ungarn-Aufstands von 1956 zum Ausdruck. Gemäß einer Entscheidung der Parlamente in Polen und Ungarn werden beide Länder ein »Jahr der Solidarität« begehen, das die damaligen Ereignisse aufgreift.

Weimarer Dreieck

Das Weimarer Dreieck stagniert bereits seit einigen Jahren. Die neue polnische Regierung wird an dieser Situation aller Wahrscheinlichkeit nach nichts ändern. Außenminister Waszczykowski sagte zwar in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza*: »Ich habe mit Minister Steinmeier und dem ehemaligen Minister Laurent Fabius über eine Belebung des Weimarer Dreiecks gesprochen, aber ihrerseits besteht kein derartiges Interesse. Dieses Forum hat sich erschöpft. Das Dreieck war während unserer EU-Beitrittsphase von Bedeutung. (...) Wir sind allerdings an einer Rückkehr zu diesem Forum interessiert.«¹⁴ In ähnlicher Weise erklärte Waszczykowski, dass das Weimarer Dreieck zur Lösung europäischer Probleme beitragen könne und Polen sehr daran gelegen sei, die Treffen im Rahmen des Dreiecks zu intensivieren. Zudem kündigte er seine Teilnahme an einem Treffen in Weimar im August an.

Beobachter_innen gehen jedoch davon aus, dass die von der PiS angekündigte engere Allianz mit Großbritannien eine Entfernung Polens vom Weimarer Dreieck bedeuten wird. Gerade wenn man berücksichtigt, dass der Außenminister erst ganz am Ende seiner wichtigsten Rede zu den außenpolitischen Plänen der Regierung vor dem Sejm auf Deutschland und Frankreich zu sprechen kam und über das Weimarer Dreieck praktisch kein Wort verlor, sind Zweifel am Willen zur Reaktivierung der Zusammenarbeit angebracht.¹⁵

14. Ebd.

15. Vgl. Sejm-Exposé von Außenminister Waszczykowski vom 29.01.2016 über die Prioritäten der polnischen Diplomatie; https://www.msz.gov.pl/aktualnosci/wiadomosci/minister_witold_waszczykowski_o_priorytetach_polskiej_dyplomacji?printMode=true.

Deutsch-polnische Beziehungen

Die Haltung gegenüber dem Weimarer Dreieck ist gewissermaßen ein Spiegelbild des Verhältnisses der PiS zu Deutschland. Die Beziehung zu Berlin ist von hoher Emotionalität und von der Zurückweisung jeglicher Kritik gekennzeichnet.¹⁶ Antideutsche Vorurteile sind bei den Stammwähler_innen der PiS weit verbreitet. Dank der PiS, so deren Interpretation, bestehe endlich die Chance für Polen, sich vom Diktat Deutschlands zu befreien. Auf diese Einstellung gründet sich auch der Wille, im Rahmen der EU ein Gegengewicht zu Deutschland zu schaffen, dessen Dominanz im politischen, aber auch im wirtschaftlichen und gesellschaftlich-kulturellen Bereich die PiS ablehnt.

Von der Herabstufung der deutsch-polnischen Beziehungen zeugt auch, dass Waszczykowski die Zusammenarbeit mit Berlin in seiner Regierungserklärung in nur wenigen knappen Sätzen und erst ganz am Ende seines Auftritts erwähnte, u.a. nach Moldau, Georgien, Großbritannien und der Visegrád-Gruppe. Auch die häufige Hervorhebung der Differenzen statt der Gemeinsamkeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen sowie das Nichterscheinen Waszczykowskis beim Europäischen Forum in Berlin deuten in diese Richtung.

Erfreulich ist jedoch, dass nach langem Zögern entschieden wurde, anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des »Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« vom 17. Juni 1991 deutsch-polnische Regierungskonsultationen in Berlin abzuhalten. Galt Deutschland in den vergangenen Jahren noch als engster Partner und Freund Polens, so hat es diesen Platz mittlerweile, wie man der Regierungserklärung des Außenministers entnehmen kann, an Großbritannien abgetreten. Angesichts des Risikos eines »Brexit«, für den sich die Briten mit knapper Mehrheit letztlich doch entschieden haben, erstaunt das umso mehr.

Positiv über die deutsch-polnischen Beziehungen äußerte sich in letzter Zeit hingegen der Minister für Europäische Angelegenheiten, Konrad Szymański. Ihm zufolge stellt Deutschland für Polen einen wichtigen

16. Jaka zmiana? Założenia i perspektywy polityki zagranicznej rządu PiS (Welcher Wandel? Grundsätze und Perspektiven der Außenpolitik der PiS-Regierung), Bericht der Batory-Stiftung, 2016.

Bezugspunkt in Europa dar. Es bestünden keine Konflikte zwischen beiden Ländern, die durch den Regierungswechsel in Warschau entstanden wären. Polen möchte gemeinsam mit Deutschland die Herausforderungen in Europa annehmen. Seiner Ansicht nach steht und fällt die Stabilität der EU mit einem guten Verhältnis zwischen Deutschland und Polen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben in der Substanz bislang keine größeren Erschütterungen erleben müssen. Zwar reagierten polnische Regierungsvertreter_innen und rechte Medien auf die kritischen Äußerungen des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz und des EU-Kommissars Günther Oettinger zur Verfassungskrise sowie zum neuen Mediengesetz recht heftig und schürten antideutsche Ressentiments, dennoch ist auf polnischer Seite nach wie vor der Wille erkennbar, die Situation nicht eskalieren zu lassen. Dies ist offensichtlich auch eine Reaktion auf die Zurückhaltung, welche die Bundesregierung und alle politischen Parteien im Bundestag bei der öffentlichen Bewertung der Ereignisse in Polen an den Tag legen.

Ab Sommer 2016 wird Andrzej Przyłębski, bisher Professor an der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen und von 1996 bis 2001 schon einmal Attaché für Kultur und Wissenschaft an der polnischen Botschaft in Berlin, Botschafter der Republik Polen in Deutschland sein. Er steht der PiS nahe; seine Frau wurde im Dezember 2015 von der PiS-Mehrheit im Sejm zur Verfassungsrichterin gewählt. Zur Berufung Przyłębskis äußerte sich Außenminister Waszczykowski folgendermaßen: »Wir suchen Leute zur Umsetzung unseres Programms, das von der bisherigen Politik etwas abweicht. In den Beziehungen mit Deutschland möchten wir ein stärkeres Gewicht auf die Frage der Auslandspolen legen und die Ausbildungsmöglichkeiten in polnischer Sprache in Deutschland erleichtern. Wir möchten polnische Schulen einrichten bzw. dafür sorgen, dass Polnisch an deutschen Schulen als Schulfach anerkannt wird.«¹⁷

... oder doch Kontinuität?

Trotz der greifbaren Änderungen in der polnischen Außenpolitik setzt sie auch in hohem Maße auf Kontinuität.

17. MSZ bierze się za ambasadorów. 30 dyplomatów do wymiany; <http://wyborcza.pl/1,75398,19994057,msz-bierze-sie-za-ambasadorow-30-dyplomatow-do-wymiany.html> (29.4.2016).

Migrationskrise

Die skeptische Haltung gegenüber den Flüchtlingen ist keine »Erfindung« der PiS. Die akute Flüchtlingskrise vom Herbst 2015 brachte die damalige PO-Regierung – kurz vor den Parlamentswahlen und somit in der heißesten Wahlkampfphase – in ein Dilemma. Einerseits nahm sie die negative Einstellung eines bedeutenden Teils der polnischen Gesellschaft zur Kenntnis und war sich der Risiken eines unkontrollierten Flüchtlingszustroms bewusst, andererseits wusste sie auch um die Notwendigkeit der Solidarität innerhalb der EU, insbesondere mit Deutschland.

Dennoch bestehen keine Zweifel daran, dass auch die PO die Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingen in Polen ablehnt. Sowohl die PO-PSL-Regierung als auch die derzeitige PiS-Regierung haben in Bezug auf die potenzielle Aufnahme von Flüchtlingen stets die Notwendigkeit betont, die Aufgenommenen zu prüfen, ihre Zahl zu beschränken und vor allem die EU-Grenzen gegen einen unkontrollierten Zustrom zu sichern.

Die geplante Reform der EU-Asylpolitik, in deren Rahmen ein dauerhaftes System zur Verteilung der Flüchtlinge vorgesehen ist, lehnt Polen entschieden ab; ebenso den Vorschlag, dass ein Mitgliedsstaat für jeden abgewiesenen Flüchtling eine horrenden Strafe von 250.000 Euro zahlen muss. Auch die polnischen Oppositionsparteien stehen solchen Ideen skeptisch gegenüber. Zudem sei es notwendig, das Problem an seiner Quelle zu lösen. Verteidigungsminister Antoni Macierewicz gab daher öffentlich bekannt, dass Polen F16-Kampfflugzeuge nach Syrien entsenden könnte.

Dies bestätigte auch Außenminister Waszczykowski: »Europa sollte sich an einem Friedensprozess beteiligen, der die Flüchtlingswelle aufhält, und sich am Kampf gegen den Islamischen Staat beteiligen.«¹⁸ Polen würde keine Soldat_innen nach Syrien entsenden, aber »wir schicken materielle Unterstützung, und falls eine solche Koalition entsteht, haben wir die Beteiligung der Luftwaffe zugesagt. Doch es geht nur um Flugzeuge. Leider hat diese Operation noch immer nicht begonnen.«¹⁹

18. Waszczykowski: Naprawiłem stosunki z Ameryką; <http://wyborcza.pl/politykaekstra/1,151975,19872580,waszczykowski-naprawilem-stosunki-z-ameryka.html> (6.4.2016).

19. Ebd.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die langfristige Priorität der Verteidigungspolitik Warschaus, insbesondere seit Beginn der russischen Aggression gegenüber der Ukraine, besteht in der Zusicherung einer größeren Sicherheit für Polen, vor allem im Rahmen der NATO. Eine intensive Lobbyarbeit für eine verstärkte Präsenz von Bündnistruppen in Polen und den baltischen Ländern zählt seit einigen Jahren zu den Schwerpunkten polnischer Sicherheitspolitik.

Bereits 2008 unterzeichnete der damalige Außenminister Radosław Sikorski (PO) einen Vertrag mit den USA über den Bau eines Raketenabwehrschildes in Polen. Obgleich eine Einrichtung dauerhafter NATO-Basen in Polen heute unrealistisch ist, wurde immerhin eine Stärkung der Präsenz von NATO-Truppen beschlossen.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass Andrzej Duda in der Präsidentschaftskampagne sehr entschieden behauptete, die Einrichtung dauerhafter NATO-Basen in Polen aushandeln zu wollen. Waszczykowski wiederholte ein ähnliches Versprechen während des Parlamentswahlkampfes. Diese Ankündigungen werden jedoch nicht umgesetzt werden. Allerdings wird im polnischen Redzikowo im Rahmen des NATO-Plans ein Element des europäischen Raketenabwehrschildes entstehen.

Das polnische Zentrum soll 2018 mit 300 dort stationierten amerikanischen Soldat_innen in Betrieb gehen. Außenminister Waszczykowski betonte, dass die NATO die Grundlage für die polnische, europäische und transatlantische Sicherheit darstelle und ein Ziel Polens auch im Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit mit den USA liege, u. a. durch die dauerhafte Stationierung US-amerikanischer Streitkräfte auf polnischem Staatsgebiet. Darüber hinaus wird sich Polen auch für die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union einsetzen.

Derzeit konzentriert sich die polnische Seite auf die Vorbereitung des NATO-Gipfels, der am 8. und 9. Juli in Warschau stattfinden wird und als Prüfstein für die Außenpolitik der PiS-Regierung gilt. Allerdings sehen auch die USA – langjähriger, wichtigster strategischer Partner Polens im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – die innenpolitischen Entwicklungen kritisch. Zahlreiche Äußerungen amerikanischer Politiker_innen bringen dies klar zum Ausdruck.

Russland

Eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik zeigt sich auch in der polnischen Haltung zu Russland. Infolge der Flugzeugkatastrophe von Smolensk 2010 (Absturz der Maschine des Staatspräsidenten) und der Weigerung Moskaus, Polen das Flugzeugwrack zu übergeben, das die polnischen Ermittlungsbeamt_innen zum Abschluss des Untersuchungsverfahrens benötigen, hat sich das bilaterale Verhältnis deutlich verschlechtert.²⁰

Weitere Belastungen erfuhren die Beziehungen im Zuge der Aggression Russlands gegen die Ukraine, durch die entschiedene polnische Unterstützung Kiews in diesem Konflikt sowie durch das eindeutige Eintreten Warschaus für die Einführung und später die Aufrechterhaltung von europäischen Sanktionen gegen Russland.

Die ersten Kontakte der neuen Regierung mit der Russischen Föderation haben keine Fortschritte in den Beziehungen beider Länder gebracht. Auch die Aussagen der PiS, dass Polen eine bedeutendere Rolle bei der Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine spielen würde, stellten sich bisher nur als Wahlslogans heraus. Außenminister Waszczykowski hat wiederholt hervorgehoben, dass ein pragmatisches und sachliches Verhältnis mit der Russischen Föderation im Interesse Polens und Europas liege. Zugleich hat er sich jedoch mehrfach sehr kritisch gegenüber Russland geäußert.

Allerdings liegt es selbst bei abweichenden Auffassungen über die internationalen Beziehungen im Westen und in Russland im Interesse Polens und der EU, die Kommunikationskanäle mit Moskau offen zu halten. Waszczykowski sagt dazu: »Die Zusammenarbeit mit Russland darf aber nicht auf der Grundlage einseitiger Zugeständnisse basieren, sondern muss im Geist eines konstruktiven Dialogs und unter der Achtung bilateraler Verträge und des internationalen Rechts erfolgen.«²¹ Polen müsse mit Russland zu »einem soliden und realistischen partnerschaftlichen Verhältnis« zurückkehren; die polnisch-russischen Beziehungen müssten ein dauerhaftes Element europäischer Stabilität sein. Im Interesse Po-

20. Russland plant, das Wrack erst nach Abschluss seiner eigenen Untersuchung zu übergeben, bei der es jedoch keine Fortschritte gibt.

21. Sejm-Exposé von Außenminister Waszczykowski vom 29.01.2016 über die Prioritäten der polnischen Diplomatie; https://www.msz.gov.pl/aktualnosci/wiadomosci/minister_witold_waszczykowski_o_priorytetach_polskiej_dyplomacji?printMode=true.

lens liegt jedoch auch ein Eintreten für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine.

Denselben Standpunkt wie die Vorgängerregierung aus PO und PSL vertritt die PiS auch bezüglich der Ablehnung gegenüber dem Bauprojekt der Gas-Pipeline »Nord Stream 2«, der Energie- und Klimapolitik der EU sowie der Weigerung, in naher Zukunft den Euro einzuführen.

Kontinuität und konterkarierende Rhetorik

Wenngleich die Außenpolitik der aktuellen polnischen Regierung einige Kontinuitäten aufweist, so besteht doch ein grundlegender Unterschied in der Form, in der diese Politik betrieben wird, insbesondere in der von der PiS-Regierung verwendeten Rhetorik. Diese ist wesentlich stärker auf Konfrontation ausgerichtet als auf die Besänftigung potenzieller Konflikte und vermittelt Inhalte, die praktisch nicht der erforderlichen Reflexion unterzogen wurden, was mehrfach Dementis oder die Rücknahme gewisser Aussagen nötig machte.

Eine konfrontative Rhetorik charakterisierte bereits die erste PiS-Regierung in den Jahren 2005 bis 2007. Die derzeitige Situation ähnelt dieser Zeit in mancher Hinsicht. Beispiele dafür stellen nicht nur die scharfen Aussagen gegenüber Russland dar, beispielsweise aus dem Mund des Verteidigungs- oder Außenministers, sondern auch gegenüber Deutschland. Letztere fielen vor allem nach der übertriebenen Aussage von Martin Schulz, der den Zustand der polnischen Demokratie mit Putins Russland verglich, sowie nach ähnlichen Stellungnahmen von EU-Kommissar Günther Oettinger. Allerdings ist diese Rhetorik primär an das heimische Publikum adressiert und auf die innenpolitische Debatte Polens zugeschnitten. Immer wieder milderten PiS-Politiker_innen in Auslands-Interviews ihre an die polnische Gesellschaft gerichteten harten Aussagen ab.²²

PiS-Politik als Antwort auf die Bedürfnisse der Polen?

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die PiS trotz eines klaren Sieges in den Parlamentswahlen mit einem Ergebnis von 38 Prozent faktisch nur von 19

Prozent der polnischen Wahlberechtigten unterstützt wurde. Dies ist ein Ergebnis der seit Jahren problematisch niedrigen Wahlbeteiligung unter der polnischen Bevölkerung, die bei den letzten Parlamentswahlen gerade einmal 51 Prozent betrug.

Ein großer Teil der Polinnen und Polen ist an Politik nicht interessiert und konzentriert sich vorrangig auf Alltagsangelegenheiten. Der Politikstil der PiS ist daher auch nicht als Ausdruck eines generellen Wandels in der Einstellung der polnischen Bevölkerung zu bestimmten Fragen der Außenpolitik zu sehen. Allerdings orientiert sich die polnische Gesellschaft, wie auch viele andere europäische Gesellschaften, politisch nach rechts – eine vor allem unter jungen Menschen (zwischen 18 und 24 Jahren) erkennbare Tendenz. Dabei spielt unter anderem die negative Einstellung der Polinnen und Polen, insbesondere unter der jungen Bevölkerung, gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen eine Rolle. In diesem Sinne erfüllt die Politik der PiS gewiss die Erwartungen vieler polnischer Wählerinnen und Wähler.

Ein großer Teil der Gesellschaft ist skeptisch gegenüber Russland, die Stammwählerschaft der PiS zudem auch gegenüber Deutschland, wobei es sich hierbei nicht um eine neue Tendenz handelt. Das Bewusstsein, dass die EU eine Krise nach der anderen durchlebt – von der Euro- über die Flüchtlingskrise bis hin zur steigenden Terrorgefahr – und ein immer größerer Teil der europäischen Gesellschaft ihren Institutionen kritisch gegenübersteht, lässt auch die Polinnen und Polen weniger optimistisch auf die Zukunft der EU und die potenziellen Vorteile der Partizipation an der Gemeinschaft blicken. Dennoch spricht sich nach wie vor eine übergroße Mehrheit der Gesellschaft für einen Verbleib in der EU aus.

Personelle Veränderungen im außenpolitischen Bereich

Der vollständige Führungswechsel in allen Bereichen des Staatssektors nach machtpolitischen Kriterien, der auch außerhalb von Polen kritisiert wird, ist zwar ein Faktum, jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der PiS. Neubesetzungen in den Entscheidungsgremien der Institutionen und staatlichen Unternehmen (Polnische Nationalbank, Rat für Geldpolitik, Bergbauunternehmen KGHM, Mineralöl- und Gasunternehmen PGNiG, Versicherungsunternehmen PZU, die Polnische Bahn PKP, das Polnische

22. Vgl. Cichocki (2016).

Radio und Fernsehen etc.) werden zwar vorgenommen, sollten jedoch nicht übermäßig scharf verurteilt werden. Immerhin entspricht dies einer Praxis, die auch von den Vorgängerregierungen angewandt wurde. Kritisch können allenfalls die umfassenden gesetzlichen Änderungen im Bereich von Fernsehen und Radio gesehen werden, die so keine Entsprechung bei vorherigen Regierungen hatten.

In erster Linie lautet die Frage bei den Neubesetzungen, inwieweit die ausgewählten Kandidat_innen über ausreichende Kompetenzen verfügen, wozu jedoch unterschiedliche Meinungen existieren. Im Bereich der Außenpolitik fanden Veränderungen beispielsweise im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM) statt, in das zehn neue Ratsmitglieder berufen wurden. An der Spitze steht nun Direktor Sławomir Dębski, der diese Institution bereits während der vorherigen PiS-Regierung leitete. Änderungen sind u. a. ebenfalls im Posener West-Institut sowie im Rat der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit zu erwarten.

Nach dem Abschluss des NATO-Gipfels in Warschau und dem Weltjugendtag in Krakau im Juli dieses Jahres ist zudem von einem umfangreichen Austausch der Botschafter_innen auszugehen, vor allem in für Polen strategisch wichtigen Ländern wie den USA, Russland, Großbritannien oder Frankreich. Der Austausch soll insgesamt 30 Botschaften betreffen, in denen die Amtszeit der Botschafter_innen ausläuft. Zudem gibt es Stimmen, die auch Änderungen in der Regierungszusammensetzung vorhersagen, von denen möglicherweise selbst Ministerpräsidentin Beata Szydło nicht ausgeschlossen ist.

Ausblick

Konstruktive Zusammenarbeit von Deutschland und Polen weiterhin möglich

Regierungen und Politiker_innen kommen und gehen – was bleibt, ist die Gesellschaft, ihre transnationalen Verbindungen zu anderen Ländern und das positive Potenzial, das aus länderübergreifender Kooperation erwächst. Dieses Potenzial ist in den deutsch-polnischen Beziehungen – in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht – eindeutig vorhanden.

In der deutsch-polnischen Zusammenarbeit sind ein kontinuierlicher Dialog und dessen Intensivierung geradezu notwendig. Die Krise um das polnische Verfassungsgericht dominiert derzeit die polnische Außenpolitik, und aufgrund der sensiblen Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung in Warschau wird sich die polnische Seite noch einige Monate auf diese Fragen konzentrieren. Dennoch kann sich zeigen, dass es sich dabei nur um einen vorübergehenden Zustand handelt und nach der Überwindung des Stillstands eine nicht einfache, aber doch verhältnismäßig konstruktive Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung möglich wird.

Sanktionen gegen Polen kontraproduktiv

Die unnötige Aufheizung der Atmosphäre mit unüberlegten und übertriebenen Aussagen aus dem Ausland ist schädlich und kann darüber hinaus eine Trotzreaktion nicht nur der polnischen Regierung, sondern auch – und das wäre wesentlich besorgniserregender – der polnischen Gesellschaft hervorrufen. Brüssel verfügt über die nötigen Instrumente, um im Falle des Bruchs von EU-Grundsätzen zu handeln, und darauf sollte man sich konzentrieren. Das Auferlegen schmerzhafter Sanktionen – solche Vorschläge gab es von europäischen Politiker_innen – ist hingegen keine gute Lösung, da nicht die Gesellschaft für die entstandene Situation verantwortlich ist. Zudem könnten potenzielle Sanktionen den realen Enthusiasmus der Polinnen und Polen für Europa nachhaltig zerstören.

Starke Beteiligung Polens an EU-Ostpolitik wünschenswert

Polen verfügt über unumstrittene Kompetenzen bei der Durchführung einer politischen und wirtschaftlichen Transformation. Selbst wenn man die Stimmen der Kritiker_innen dieses Prozesses berücksichtigt, bleibt die polnische Transformation verglichen mit der Entwicklung anderer postkommunistischer Länder eine Erfolgsgeschichte. Von den polnischen Erfahrungen profitieren die osteuropäischen Länder bis heute. Davon zeugen zahlreiche Besuche und Vorträge, zu denen vor allem die ehemaligen Staatspräsidenten Polens, Lech Wałęsa und Aleksander Kwaśniewski, eingeladen werden, um andere osteuropäische Länder zu beraten.

Seit 2015 ist zudem der ehemalige polnische Ministerpräsident Włodzimierz Cimoszewicz als Mitglied der Agentur zur Modernisierung der Ukraine zuständig für die Bekämpfung der Korruption, eines der Hauptprobleme in der Ukraine. Und im April dieses Jahres wurde der erste nichtkommunistische Finanzminister Polens nach 1989, Leszek Balcerowicz, in die Gruppe der strategischen Berater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko berufen. Polen kann aufgrund seiner eigenen Transformationserfahrungen erfolgreich die Rolle eines Vermittlers zwischen West und Ost einnehmen. Daher sollte es an der EU-Ostpolitik stark beteiligt sein.

Sicherheitspolitisch geeintes Europa bietet Polen Schutz vor Russland

Nach der russischen Aggression gegen die Ukraine ist deutlich geworden, was Polen seit langem wusste, in Westeuropa aber geraume Zeit wenig ernstgenommen wurde: dass Russland eine reale Bedrohung darstellen kann, dessen Handeln kaum vorhersehbar ist. Durch Erfahrungen unterschiedlicher Art mit Russland, aus der

ferneren und näheren Vergangenheit, beurteilen die Polinnen und Polen das russische Handeln mitunter realistischer und nüchterner. Natürlich besteht dabei auch die Gefahr, dass die eigenen früheren Traumata und Vorurteile ungefiltert auf die jetzigen Beziehungen und die aktuelle Situation übertragen werden. Davor sollte man sich freilich hüten. Staatspräsident Duda hat mehrfach wiederholt, dass man mit Russland zu einer Einigung finden müsse. Zwar verwendet die Regierung scharfe Worte, doch muss man die PiS letztlich an ihren Taten messen.

Die Signale, welche die Vertreter_innen der PiS aussenden, sind nicht selten widersprüchlich. So sind ihre Politiker_innen zwar eigentlich Anhänger_innen eines lockeren europäischen Verbundes der Vaterländer, erachten aber auch ein sicherheitspolitisch geeintes Europa – neben einer Stärkung der NATO-Ostflanke – als notwendig, um sich vor Russland zu schützen. Eine solche Politik zwischen konfrontativer Rhetorik und realem Kooperationsbedarf könnte sich letztendlich als Sackgasse für die polnischen Interessen erweisen. Auch deswegen besteht viel Gesprächsbedarf zwischen Polen und Deutschland.



Über die Autoren

Dr. Joanna Andrychowicz-Skrzeba ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Roland Feicht ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-530-4